

Wettbewerbsfähige Unternehmen ohne starken Wettbewerb nicht denkbar

Wettbewerbsdefizite kosten Arbeitsplätze, sie erhöhen Staatsausgaben und behindern Zukunftsinvestitionen, betont Professor Karl Aiginger im Rahmen der Alpbacher Wirtschaftsgespräche. Das österreichische Modell war bisher erfolgreich – so lautet sein Befund. Allerdings greift der Staat intensiver in die Wirtschaft und Gesellschaft ein als in anderen Ländern. Die Abgabenquote ist höher und die Regulierung enger als bei den Handelspartnern. Mit dem Auftreten neuer Konkurrenten sowohl in der näheren Umgebung als auch in Asien ist es eine Notwendigkeit, flexibel zu reagieren und die Faktoren der künftigen Wettbewerbsfähigkeit – vor allem Bildung, Weiterbildung, Forschung – zu stärken.

Österreichs Wirtschaft wuchs dank des spezifischen Wirtschafts- und Sozialmodells stärker als die vergleichbarer Länder, die Pro-Kopf-Einkommen erreichten eine Position unter den Top 5 in Europa. Berücksichtigt man zusätzlich Indikatoren über den sozialen Zusammenhalt und die Lebensumstände sowie den Zustand der Umwelt, so nimmt Österreich eine noch bessere Position ein. Es ist gelungen, die politischen Veränderungen in wirtschaftliche Vorteile umzumünzen: Die Leistungsbilanz ist nach der Öffnung gegenüber Westeuropa und den neuen EU-Ländern hoch aktiv. Diese gute Ausgangslage darf allerdings nicht den Blick auf die Mängel im Wettbewerbssystem verstellen:

- In Österreich greift der Staat intensiver in die Wirtschaft und Gesellschaft ein als in anderen Ländern, wie die überdurchschnittliche Staats- und Abgabenquote und die Vielzahl der Verwaltungsebenen zeigen.
- Die Ausgabenstruktur des Staates ist in Österreich eher vergangenheitsorientiert: Pensionsaufwendungen und "Reparaturleistungen" im Gesundheitssystem sind hoch. Eingriffe finden in beiden Systemen erst spät statt und sind deswegen teuer. Der Ausgleich unterschiedlicher Startchancen, Gender-Gleichheit, Nachholen von Schulabschlüssen und Weiterbildung würden spätere Arbeitslosigkeit verhindern, ebenso wie Prävention im Gesundheitsbereich und gesunde Lebensführung und Ernährung die Kosten des Gesundheitssystems und der Pflege senken würden. Erwerbseinkommen werden hoch besteuert, Erbschaften und Vermögen sind nicht bzw. gering besteuert.
- Gründer innovativer und risikoreicher Unternehmen stehen vor bürokratischen Hürden; Gewerbebetriebe und freie Berufe werden daran gehindert, konsumentenfreundliche Kombinationsdienstleistungen anzubieten.
- Die Wahl von Studien und Lehrberufen erfolgt nicht entsprechend der Nachfrage, es gibt keine Konkurrenz um die besten Köpfe, eher eine Selektion durch schlechte Strukturen, lange Studiendauer sowie hohe Durchfall- und Drop-out-Quoten.

- Eine Reform der Strukturen der öffentlichen Haushalte zur Steigerung der Effizienz und der Wachstumswirksamkeit der Ausgaben ist erforderlich, gleichzeitig wäre eine Deckelung der Gesamtausgaben sinnvoll, da die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden defizitär sind und die Gesamtausgabenquote in Österreich schon höher ist als im EU-Durchschnitt. Nur so kann Handlungsspielraum für Zukunftsaufgaben und auch für künftige Krisen geschaffen werden.
- Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise führte nicht zu einer Reform der Wettbewerbspolitik, sondern drängte die wettbewerbsfördernden Elemente eher zurück.
- Die Inflation lebt trotz Unterauslastung der Kapazitäten und trotz Lohnsteigerungen unter dem Produktivitätswachstum auf. Während die OECD auffällige Defizite der Wettbewerbsintensität im Dienstleistungssektor konstatiert, ergibt sich im Bereich der Dienstleistungen eine Inflationsdifferenz zwischen Österreich und dem EU-Durchschnitt von 1 Prozentpunkt: Diese Problematik sollte untersucht werden.
- Die Bedeutung dieses "Wachstumsfaktors Wettbewerb" wird in Österreich traditionell unterschätzt. Durch die Integration in die EU und die passive Anpassung an die Bedingungen des Binnenmarktes verstärkte die Intensivierung des Wettbewerbs auch in Österreich die Dynamik. Eine aktive Wettbewerbsstrategie könnte Wachstum, Produktivität und Beschäftigung steigern, wie das Beispiel Dänemark zeigt.
- Mangelnder Wettbewerb an den Universitäten beeinträchtigt die Qualität und beschränkt die Finanzierungsmittel. Das Bildungssystem ist vertikal strukturiert, und ein Wechsel zwischen Schultypen ist schwierig oder wird zumindest wenig praktiziert. Die Leistungsergebnisse werden z. B. auf Schulebene im Pisa-Ranking erhoben, werden aber nicht zur Information über die Qualität der Schule genutzt.
- Österreich suchte in der Wettbewerbspolitik i. w. S. bisher im Zweifel mehr den Schutz der bestehenden Unternehmen. Regulierung und Gebietsschutz wirken noch immer nach, vor allem in den freien Berufen.
- Wettbewerbsdefizite bestehen auch im öffentlichen Sektor. Viele Leistungen werden mehrfach auf verschiedenen Ebenen erbracht, Regeln sind in den einzelnen Bundesländern oft ohne wirklichen Grund unterschiedlich. Im Finanzausgleich werden Transfers getätigt, ohne den Zweck zu definieren und ohne die Einhaltung der Mittelverwendung zu überprüfen.
- Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass große Unternehmen vor allem im Finanzsektor die Instabilität verstärken. Dennoch finden zusätzliche Fusionen statt: Die nationalen Fusionsanmeldungen stiegen 2010 um 32% auf 258, während die Verfahren wegen Missbrauchs der Marktmacht bei 15 Fällen pro Jahr stagnierten.

Der eingangs festgestellte Befund über die vorteilhafte Situation in Österreich darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie lediglich eine gute Ausgangsposition bietet. Kontinuierliche Reformen von Kinderbetreuung, Schulsystem, Föderalismus und Gesundheitssystem sind nötig,

um sicherzustellen, dass die guten Position gehalten und verbessert wird. Die Stärkung des Wettbewerbs in den genannten Bereichen ist dazu eine notwendige Voraussetzung.

Wien, am 30. August 2011

Rückfragen bitte am Mittwoch, 31. August 2011, zwischen 11 und 15 Uhr an
Dr. Michael Böheim, Tel. (1) 798 26 01/227, Michael.Boeheim@wifo.ac.at.